

monitor



Dem Volk aufs Maul geschaut

Hintergrund ➔ Aktuelle Studien zu Rechtsextremismus

Wird der Rechtsextremismus in Deutschland überschätzt? Ist es nicht schriller Alarmismus, wenn wortreich vor der »braunen Gefahr« gewarnt wird, angesichts der wenig effizienten, zerklüfteten und zerstrittenen rechtsextremen Politzirkel im Land, die insgesamt auf eine gerade mal fünfstellige Mitgliederzahl kommen? Ein Blick in zwei aktuelle Studien zeigt einmal mehr: Rechtsextremes Denken ist tief in der gesellschaftlichen Mitte verankert.

Die aktuellen Studien belegen, dass neben den rechtsextrem Handelnden in Deutschland recht solide, millionenstarke Milieus von rechtsextrem Denkenden existieren. Wenn die rechtsextreme Politik es schaffen würde, diese Milieus für sich zu mobilisieren, würde sich die gesamte

haben demnach 7,6 Prozent der deutschen Bevölkerung. Das ist ein Prozent weniger als in der 2006 veröffentlichten Vorgängerstudie. Oskar Niedermayer und Richard Stöss (FU Berlin) kommen in ihrer geringfügig anders angelegten Befragung auf ein Potenzial von 10 Prozent. Auch sie stellen eine leichte Abnahme fest; ihr Vergleichswert aus dem Jahr 2005 liegt bei 12 Prozent. Bei den aktuellen Angaben ist zu beachten, dass die zugrundeliegenden Umfragen im Mai/Juni beziehungsweise im Juni/Juli 2008 durchgeführt wurden - also vor dem Ausbruch der Finanzkrise.

Die Kernprobleme sind Nationalismus und Rassismus

Rechtsextremismus wird in den Studien als Konglomerat von sechs verschiedenen Feldern betrachtet: Befürwortung einer

politische Tektonik verschieben - es gäbe Platz für eine rechtsextreme Partei im Bundestag, die bei Wahlen an der Zehnprozentmarke kratzen könnte. Auf dieses schlummernde Potenzial des Rechtsextremismus hingewiesen zu haben, ist das Verdienst verschiedener Untersuchungen aus der empirischen Sozialforschung. Es liegen nun die Ergebnisse von zwei neuen Studien vor, die es wert sind, genauer betrachtet zu werden.

Geringe Abnahme der Gesamtwerte

Als leicht abnehmend beschreibt die Studie »Bewegung in der Mitte« von Oliver Decker und Elmar Brähler (Universität Leipzig, erstellt im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung) das Problem. Eine manifest rechtsextreme Einstellung

rechtsautoritären Diktatur; Chauvinismus; Ausländerfeindlichkeit; Antisemitismus; Sozialdarwinismus und der Verharmlosung des Nationalsozialismus. Zu jedem dieser Felder legten die Forscher in ihren Umfragen eine (Niedermayer/Stöss) beziehungsweise drei (Decker/Brähler) Aussagen vor, zu denen die ProbandInnen den Grad ihrer Zustimmung oder Ablehnung äußern sollten. Die höchsten Zustimmungswerte sind für Chauvinismus und Ausländerfeindlichkeit zu verzeichnen. Bei Decker und Brähler kommt Chauvinismus auf 14,9 Prozent und Ausländerfeindlichkeit auf 21,2 Prozent Zustimmung. Antisemitisches Denken ist bei 9 Prozent der BundesbürgerInnen verbreitet; die drei verbliebenen Einstellungsmuster liegen bei jeweils grob 3,5 Prozent.

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.v. (apabiz)

lausitzerstr. 10 | 10999 berlin

geöffnet do von 15 bis 19 uhr und nach absprache

fon | fax: 0 30 . 6 11 62 49

mail@apabiz.de
<http://www.apabiz.de>

konto-nummer: 332 08 00

blz: 100 205 00

bank für sozialwirtschaft

monitor ist nicht im abo erhältlich, aber fördermitglieder bekommen ihn zugeschickt.

Das apabiz e. V. informiert seit 1991 über die extreme Rechte. Unsere Informationen stehen allen Personen und Initiativen zur Verfügung. Umgekehrt sind wir an Euren Einschätzungen und Erfahrungen interessiert. Gerne vereinbaren wir einen Austausch oder nehmen Euch in unsere Mailingliste auf.

Archiv: Für Recherchen halten wir unser Archiv bereit, das eines der größten dieser Art in der BRD ist. Wir verfügen über rechte Publikationen, Videos, CDs u.a.m. Diese Primärquellen werden ergänzt durch eine Datenbank, in der Presseveröffentlichungen seit Anfang der 90er Jahre erfasst sind, eine umfangreiche Präsenzbibliothek, verschiedene Sondersammlungen sowie antifaschistische Publikationen aus ganz Europa und den USA.

Bildung: Unser ReferentInnen-Katalog (siehe www.apabiz.de) umfasst mehr als 40 Vorträge und Seminare aus diversen Bereichen, für die ReferentInnen bei uns angefordert werden können. Zu bestimmten Themen haben wir ReferentInnen-Koffer erstellt, die die eigenständige Durchführung von Veranstaltungen ermöglichen, oder halten wir Handreichungen bereit.

Publikationen: Ergebnisse unserer Arbeit verwerten wir nicht nur im monitor, sondern auch in Broschüren, Pressemitteilungen, Handreichungen und sonstigen Publikationen. Diese und weitere Materialien findet ihr unter www.apabiz.de.



Broschüre zu islamischen Jugendkulturen

Berlin • »Schule ohne Rassismus« hat eine neue Broschüre herausgegeben, in der über »Lifestyle, Medien und Musik« islamischer Jugendkulturen aufgeklärt wird. Das 60 Seiten starke Heft greift in fünf Kapiteln, unterstützt durch viele Abbildungen, Themen wie »Soundtrack für Allah«, »Lifestyle für die Umma« aber auch »Islamische und islamistische Organisationen« auf.

Die Broschüre richtet sich vor allem an Jugendliche, SozialpädagogInnen und LehrerInnen. Sie bietet einen leicht lesbaren, sehr guten Einblick in jugendkulturelle Bereiche, die vielen weitgehend unbekannt sind.

Erhältlich bei: *SOR-SMC,*

Ahornstraße 5, 10787 Berlin.

E-Mail: schule@aktioncourage.org ◀

Neurechter Gesprächsabend in Berlin-Mitte

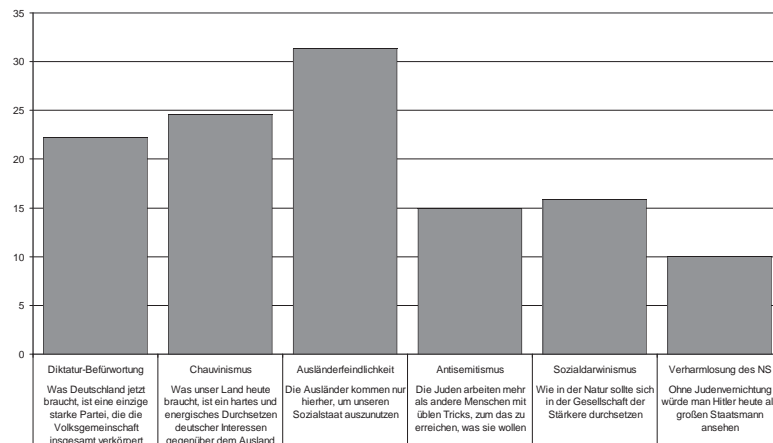
Berlin • Am 5. Dezember fand im Stadtbezirk Mitte eine Abendveranstaltung des neurechten INSTITUT FÜR STAATSPOLITIK (IFS) und des angeschlossenen Verlages EDITION ANTAIOS zu den neusten Veröffentlichungen statt. Veranstaltungsort war bereits zum zweiten Mal die Gaststätte W. PRASSNIK. Der Abend mit seinen ungefähr 40 Teilnehmenden wurde vom Verlagschef GÖTZ KUBITSCHKE moderiert.

Zwei Autoren stellten dem kleinen Kreis ihre Bücher vor: MICHAEL BÖHM seine ALAIN DE BENOIST-Einführung und FRANK LISSON das Buch »Homo Absolutus«. Der neue Leiter des IFS, ERIC LEHNERT, präsentierte die neueste Ausgabe der Instituts-Zeitschrift SEZESSION und eine Studie zur »Buebe-Debatte«. Auch bei diesem zweiten neurechten Gesprächsabend in Berlin blieben überwiegend die Mitarbeiter bzw. Autoren des Instituts und der nahestehenden Wochenzeitung JUNGE FREIHEIT unter sich. ◀

Preise für Ellen und Peter

Berlin • Wie bereits im Vorfeld angekündigt verlieh die FÖRDERSTIFTUNG KONSERVATIVE BILDUNG UND FORSCHUNG (FKBF) zusammen mit der Wochenzeitung JUNGE FREIHEIT (JF) den GERHARD-LÖWENTHAL-PREIS für Journalisten am 7. Dezember. Die diesjährigen PreisträgerInnen waren ELLEN KOSITZA und PETER SCHOLL-LATOUR. Die ▼

Einstellungen (Decker/Brähler 2008)



Unschärfen der Untersuchungen

Zu bedauern ist, dass die Untersuchungen sehr harte Maßstäbe anlegen, ab wann ein Einstellungsmuster als problematisch gelten soll. Dies fällt schon in der Benennung der Einstellungsdimension »Chauvinismus« auf, die übertriebenen Nationalismus meint und damit suggeriert, es gäbe einen legitimen Nationalismus. Der Blick auf rassistische Einstellungen wird gleich gänzlich verzerrt. Denn in den Fragen zur »Ausländerfeindlichkeit« wird tatsächlich ausschließlich die Meinung der Befragten zu »Ausländern« eingeholt. Wie weit etwa Ressentiments gegen Nichtweiße eine Rolle spielen, kann bei einer solchen Konzentration auf Migrationsfragen nicht herausgefunden werden. In Sachen Judenfeindlichkeit wird - ebenfalls bedauerlich - nur auf den klassischen, primären Antisemitismus abgehoben. Wenigstens einen Versuch wäre es ganz sicher wert gewesen, auch sekundären Antisemitismus abzufragen und mit den restlichen Daten abzugleichen.

Ein entscheidender Aspekt ist auch, ab welchem Grad der Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen jemand als rechtsextrem gelten kann. Immerhin sind - glücklicherweise - viele der Einstellungen, um die es geht, in der Öffentlichkeit als sozial unerwünscht markiert. Offen als RassistIn will sich kaum jemand outen. Decker und Brähler haben selbst darauf verwiesen, dass der Anteil von scheinbar neutralen »teil-teils«-Aussagen bei ihren Untersuchungen immens hoch war. Bei hinterher durchgeführten Interviews mit einigen ProbandInnen stellte sich heraus, dass hinter den »neutralen« Statement häufig dann doch knallharte Ressentiments zu finden waren. Zu vermuten ist, dass hier zum Teil Antworten gegeben wurden, die den Befragten als »sozial erwünscht« galten. Das heißt, dass die per Umfrage erzielten Untersuchungsergebnisse als eher zu niedrig anzusehen sind.

Stöss und Niedermayer arbeiten teilweise mit unterschiedlichen »Skalen« von Rechtsextre-

mismus. Ihre »alte Skala« enthält etwas weichere Statements als die »neue« (die auch Autoritarismus abfragt, Sozialdarwinismus und Diktaturbefürwortung aber vernachlässigen) und bringt dadurch ungefähr doppelt so hohe Zustimmungswerte zum Vorschein: In Brandenburg sind, je nach Anlage der Untersuchung, 11 (»neue Skala«) oder 25 Prozent (»alte Skala«) der Bevölkerung rechtsextrem eingestellt. Vielleicht sollte man, unter anderem das Phänomen der »sozial erwünschten Antworten« im Hinterkopf, eher mit den 25 Prozent arbeiten, um das Problem nicht zu unterschätzen.

Ob Ost, ob West: Bewegung in den Regionen

Zu den zentralen Ergebnissen der Untersuchung von Decker und Brähler gehört es, dass es wohl keinen jeweils »ostdeutschen« und »westdeutschen« Rechtsextremismus gibt.

Zwar lässt sich feststellen, dass der insgesamt leichte Rückgang des manifesten Rechtsextremismus vor allem auf eine etwas geringere Zustimmung zu Ausländerfeindlichkeit und Chauvinismus in Westdeutschland zurückzuführen ist (Ausländerfeindlichkeit: 25,7 Prozent in 2006; 18,2 Prozent in 2008 / Chauvinismus: 20,1 Prozent in 2006; 14,3 Prozent in 2008). Ausländerfeindlichkeit im Osten, ohnehin auf dramatisch hohem Niveau, stieg hingegen noch einmal etwas an (30,6 Prozent in 2006; 32,6 Prozent in 2008). Deutlich im Kommen ist in Ostdeutschland der Antisemitismus: von 4,2 Prozent Zustimmung in 2006 stieg der Wert auf 7,9 Prozent in 2008.

Aber in vielen Fällen reicht die Differenzierung zwischen Ost und West nicht mehr aus, es braucht den genauen Blick in einzelne Regionen und Bundesländer. Die Ergebnisse aus Mecklenburg-Vorpommern ähneln denen aus Bayern mehr als denen aus Brandenburg. Insbesondere haben übrigens die Regionen Baden-Württemberg und Bayern ein ganz eigenes Problem mit rechtsextremen Einstellungen - insbesondere beim Antisemitismus liegen die beiden Länder bundesweit an der Spitze.



Naheliegend ist der folgende Schluss: Wie die Sozialräume funktionieren, wie Geschichte tradiert wird, welche Erziehungsideale vorherrschen, welches Demokratieverständnis verbreitet ist, variiert von Region zu Region. Und diese Faktoren spielen bei der Verbreitung rechtsextremen Gedankenguts ebenso eine Rolle wie die Arbeitslosenzahlen oder die Stärke der Wirtschaft.

Werte aus Berlin und Brandenburg

Genau diesen Gang in die Regionen, auf dessen Wichtigkeit Decker/Brähler hinweisen, haben Stöss und Niedermayer für Berlin und Brandenburg beschrieben. In der Tendenz ist in beiden Bundesländern seit dem Jahr 2000 das rechtsextreme Einstellungspotenzial etwas angestiegen. Aktuell sind etwa 14 Prozent der BerlinerInnen rechtsextrem eingestellt (es wurde die oben beschriebene »alte«, »weiche« Skala benutzt). Dem gegenüber stehen 25 Prozent in Brandenburg. Weiter im Detail: Der Osten Berlins ist rechtsextremere als der Westen (17 zu 12 Prozent); der strukturärmere »äußere Entwicklungsraum« in Brandenburg ist etwas rechtsextremere als der Berlin-nahe »engere Verflechtungsraum« (26 zu 23 Prozent). Die Belastung mit rechtsextremen Einstellungen hat sich in Berlin-West und im »engeren Verflechtungsraum« in Brandenburg im Zeitquerschnitt wenig geändert; zu Anstiegen kam es in Berlin-Ost (13 auf 17 Prozent von 2000 auf 2008) und im »äußeren Entwicklungsraum« Brandenburgs (22 auf 26 Prozent). Dass zumindest in der Region Berlin-Brandenburg doch eine Ost-West-Schere zu beobachten ist, zeigen auch folgende Daten: Wer in der ehemaligen DDR aufwuchs, neigt am ehesten zu rechtsextremen Denken (25 Prozent); die jüngeren, im vereinten Deutschland Aufgewachsenen folgen (15 Prozent), am wenigsten belastet sind die in der alten BRD aufgewachsenen (13 Prozent). Es zeigte sich zudem: geringer sozialer Status begünstigt rechtsextremes Denken, aber auch allgemeine Unzufriedenheit mit wirtschaftlichen, sozialen und politischen Verhältnissen.

Was ist mit der Kapitalismuskritik?

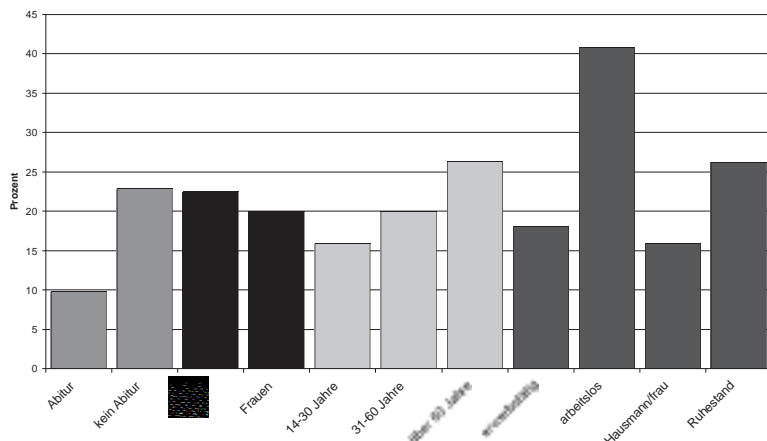
Wie weit Kritik am Kapitalismus in Berlin und Brandenburg verbreitet ist und inwiefern diese mit rechtsextremen Einstellungen zusammenhängt, hat Richard Stöss zusätzlich untersucht. Aus neun verschiedenen Statements wurde eine Skala »Kapitalismuskritik« gebildet. Sie ist gefasst als »linkserichtete, antibürgerliche und extrem antiwestliche Mentalität«; zu den Statements gehört die Forderung nach der Verstaatlichung von Wirtschaftsunternehmen genauso wie »Der amerikanische Imperialismus ist die eigentliche Gefahr für den Weltfrieden« oder »Wirkliche Demokratie ist erst möglich, wenn es keinen Kapitalismus mehr gibt«. Das Ergebnis: In Berlin sind derzeit 63 Prozent der Befragten nach dieser Definition kapitalismuskritisch eingestellt, in Brandenburg 74 Prozent. Globalisierungskritik, eine weichere Subdimension von Kapitalismuskritik, gehört fast schon zum normalen Einstellungsrepertoire der Bevölkerung in der Region (zwischen 75 und 85 Prozent Zustimmung). Je geringer der soziale Status, desto größer die Kapitalismuskritik. In Brandenburg ist sie doppelt so oft verbreitet wie in Berlin.

Stöss stellt fest, dass Rechtsextreme die von ihm als kapitalismuskritisch eingestufte Denkweise überdurchschnittlich häufig teilen. 82 Prozent der Berliner Rechtsextremen sind kapitalismuskritisch und in Brandenburg sind es sogar 89 Prozent. Für Rechtsextreme gehört Kapitalismuskritik also mittlerweile zum guten Ton. Und dementsprechend gilt umgekehrt: Wer kapitalismuskritisch ist, ist überdurchschnittlich häufig rechtsextrem - und aber auch überdurchschnittlich DDR-nostalgisch, unzufrieden und autoritär.

Toni Peters

Decker/Brähler: Bewegung in der Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2008. Berlin 2008.
 Stöss: Berlin-Brandenburg BUS 2008. Politische Orientierungen der Bevölkerung in der Region Berlin und Brandenburg 2000-2008. Kapitalismuskritik, Rechtsextremismus, rechtsextreme Kapitalismuskritik. Berlin 2008.
 Stöss/Niedermayer: Berlin-Brandenburg BUS 2008. Handout für die Pressekonferenz an der FU Berlin am 25.09.2008.

Zustimmung zu Ausländerfeindlichkeit nach verschiedenen Kategorien (Decker/Brähler 2008)



► langjährige JF-Autorin Kositzka veröffentlichte zahlreiche Artikel mit ihrer neurechten Sichtweise zu Feminismus und Geschlechterbilder in den verschiedensten Publikationen der rechten Presselandschaft. Den Ehrenpreis für Publizistik erhielt in Anerkennung seines Lebenswerks JF-Dauerinterview-Partner PETER SCHOLL-LATOUR.

Der nach dem rechtskonservativen Journalisten GERHARD LÖWENTHAL benannte Preis wird seit 2004 verliehen und geht vor allem an verdiente PublizistInnen aus dem rechtskonservativen und neurechten Milieu. ◀

Massive Proteste gegen Nazi-Aufmarsch in Berlin

Berlin-Lichtenberg • Am 6. Dezember 2008 fand in Berlin-Lichtenberg der seit 2003 jährlich stattfindende bundesweite Neonazi-Aufmarsch unter dem Motto »Jugend braucht Perspektiven - Für ein nationales Jugendzentrum« statt.

Neben Anmelder SEBASTIAN SCHMIDTKE, Aktivist der JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) in Berlin, traten als Redner die Berliner NPD-Kader JÖRG HÄHNEL und THOMAS VIERK, der JN-Bundesvorsitzende MICHAEL SCHÄFER, SEBASTIAN RICHTER sowie ALWIN WALTHER (Mitglied der



NATIONAL-SOZIALISTISCHEN AKTION (NSA) aus den Niederlanden in Erscheinung. Es kamen etwa 700 hauptsächlich junge AktivistInnen aus Kameradschafts- und NPD-Spektrum. Gegen den Aufmarsch war von einem breiten Bündnis aus Antifagruppen, bürgerlichen Parteien sowie zivilgesellschaftlichen Initiativen mobilisiert worden. Entlang der Strecke hatte sich unter Beteiligung von zahlreichen AnwohnerInnen teils massiver Protest formiert, es kam zu etlichen Blockadeaktionen. Trotz der nur schwer kontrollierbaren Lage versuchte die sichtlich überforderte Polizei, die Demonstration mit allen Mitteln auf der geplanten Route durchzusetzen. Erst nachdem ▼



Sterben für Deutschland

Bericht »Heldengedenken« am Columbiadamm in Berlin

► es zu den zu erwartenden, situativen Eskalationen gekommen war, die nach den Erfahrungen von Hamburg am 1. Mai 2008 auch fatale Folgen hätten haben können, verkürzte die Einsatzleitung die Route. ◀

»Versteckspiel«-Broschüre jetzt in elfter Auflage

Bundesweit • In der letzten Ausgabe haben wir die Neuauflage der Broschüre »Versteckspiel - Lifestyle, Symbole und Codes von neonazistischen und extrem rechten Gruppen« angekündigt. Die 15.000 Exemplare der aktualisierten Ausgabe Herbst 2008 waren bereits vier Wochen später komplett vergriffen! Die Herausgeber der Broschüre, die Agentur für soziale Perspektiven, hat den Nachdruck zum Anlass genommen, die Broschüre nochmals zu aktualisieren und wird die Neuauflage 2009 nun ab Mitte Dezember liefern können. Der Preis hat sich um einen Euro auf nun 4 Euro (plus Versand) erhöht. Dies war nach sieben Jahren und in Anbetracht der Tatsache, dass die Herausgeber für die Publikation keinerlei Fördergelder erhalten, notwendig geworden.

Die Broschüre ist erhältlich über mail@aspberlin.de ◀

THOR-STEINAR-Polizei

Berlin • Ein Zivilbeamter der Berliner Polizei hat für einen Eklat gesorgt, als er im Einsatz bei einer Gedenkdemo zur »Reichspogromnacht« am 9. November 2008 in THOR STEINAR-Kleidung auftrat. Er will von der Bedeutung der Marke nichts gewusst haben, obwohl sich in seiner Direktion ein Laden von THOR STEINAR befindet, der Ziel zahlreicher Proteste war. Zudem soll der Beamte bereits im Vorfeld mehrfach von Vorgesetzten aufgefordert worden sein, diese Kleidung nicht zu tragen. Der Berliner Polizeipräsident Glietsch zeigte sich äußerst erbost über diesen Vorfall und ließ disziplinarrechtliche Ermittlungen einleiten. In einem Interview verwahrte sich Glietsch des Vorwurfs, es handle sich um keinen Einzelfall. Er appellierte an Antifas, der Polizei mitzuteilen, »wann, wo und in welcher Situation Polizisten in so einem Outfit gesehen wurden«. ◀

Geschichtsrevisionistische »Heldengedenken« geraten nur punktuell als Treffen von MilitaristInnen, NS-TäterInnen und Rechtsextremen in die Kritik. Nachdem der Neonazi-Marsch in Halbe nicht mehr stattfindet, war nun die Veranstaltung zum »Volkstrauertag« auf dem Garnisonsfriedhof in Berlin-Neukölln Ziel von Protest.

Soldatengräber, Gedenksteine für die Weltkriegs-»Gefallenen«, ein Findling mit einer Inschrift für die Deutschen, die in Südwestafrika den »Heldentod« starben: Auf dem Garnisonsfriedhof Columbiadamm steht der Tod unter dem Motto: »Sie starben, auf dass Deutschland lebe«. So steht es auf einem Denkmal. Kriegerdenkmäler aus der NS-Zeit bestimmen das Bild.

Täter zu Opfern gemacht

Wie jedes Jahr fand hier am 16. November 2008 zum »Volkstrauertag« eine Gedenkfeier statt, an der in- und ausländischen Reservisten-



Flagge senken zum Gedenken: Columbiadamm 2008.

und Soldatenverbände, Vertriebenenverbände und VertreterInnen aus dem rechtsextremen Spektrum teilnahmen. Kränze wurden abgeworfen, dem Mythos einer »sauberen Wehrmacht« gedacht, kriegsverherrlichende Ansprachen gehalten, ein Gottesdienst gab den zeremoniellen Rahmen. In den Vorjahren waren deutlich mehr Personen anwesend, 2008 lediglich knapp 100. Antifaschistische Gegenproteste gibt es seit 2006.

Die Veranstalter vom RING DEUTSCHER SOLDATENVERBÄNDE BERLIN E.V. (RDS Berlin) haben keine Probleme mit der Beteiligung extrem Rechter. Neben der ORDENS-GEMEINSCHAFT DER RITTERKREUZTRÄGER (OdR), dem VOLKS-BUND DEUTSCHE KRIEGSGRÄBERFÜRSORGE, dem KYFFHÄUSERBUND BERLIN, dem BUND DER VERTRIEBENEN und dem BUND DER MITTELDEUTSCHEN begrüßte ex-Bundeswehroffizier ARMIN BRENKER vom RDS Berlin vielsagend auch »Vereinigungen, die nicht namentlich erwähnt werden können«. Gemeint sein dürften damit die Delegation des STAHLHELM sowie die NPD- und DVU-VertreterInnen. Die DVU Brandenburg wurde dabei durch den Landeschef SIGMAR-PETER SCHULTZ vertreten; die NPD durch

THORSTEN MEYER, BVV-Abgeordneter in Berlin-Lichtenberg. Zudem war der als Berliner Kameradschaftsaktivist bekannte SASCHA KARI anwesend. ARMIN BRENKER betonte, dass es ihn »überhaupt nicht interessiert«, was die TeilnehmerInnen »den Rest des Jahres über tun, und wen sie wählen sollen«.

In rechtsextremer Diktion verdrehte HANS-JOACHIM WEINERT vom BERLINER BÜRGER-VEREIN anschließend das Verhältnis von TäterInnen und Opfern. Er stilisierte die deutsche Bevölkerung während und nach dem Nationalsozialismus zu BeschützerInnen von Jüdinnen und Juden: »Die Rotarmisten vergewaltigten [nach dem 8. Mai 1945] übrigens auch zahlreiche Jüdinnen, wenn es uns deutschen Jungs nicht gelang, sie rechtzeitig zu verstecken. Und immer wieder wurden dabei welche von uns, von den Iwans, wie wir sagten, erschossen.«

Wessen Helden?

Präsident vom Veranstalter RDS Berlin als auch vom beteiligten Berliner Bürger-Verein ist KARL WELKER. Während der Berliner Bürger-Verein in der Vergangenheit mit dem Aufstellen von »Mauerkreuzen« in die Öffentlichkeit trat, ist der RDS Berlin ein Überrest des RINGES DEUTSCHER SOLDATENVERBÄNDE. Bis zu seiner Auflösung Ende 2005 vereinigte er auch extrem rechte Verbände, wie die OdR, den STAHLHELM oder den VERBAND DEUTSCHER SOLDATEN (VdS) unter seinem Dach. Zu letzterem sprach die Bundeswehr 2004 ein Kontaktverbot aus, nachdem in einer VdS-Zeitschrift wiederholt Beiträge des Vizechefs der NATIONALSOZIALISTISCHEN PARTEI AMERIKAS, RICHARD TEDOR, erschienen waren.

In den Vorjahren hatten auch Angehörige der Bundeswehr und von Reservisten- und Traditionsverbänden am Gedenken teilgenommen. Ab 2007 untersagte die Bundeswehr ihren Soldaten die Teilnahme und den Reservisten das Tragen ihrer Uniformen. Die finanzielle und strukturelle Unterstützung (z. B. durch das Stellen des Trompeters) wurde entzogen, nachdem im Bundestag die Anwesenheit von Rechtsextremen am Columbiadamm thematisiert worden war. Der VERBAND DER RESERVISTEN IN DER DEUTSCHEN BUNDESWEHR (VdRBw) mobilisierte dieses Jahr nicht offiziell, einzelne Unterverbände listeten den Termin trotzdem.

Eike Sanders/Felix Hansen



Bundesgerichtshof klärt auf

Urteil ☞ Keltenkreuz generell verboten

Karlsruhe. In einem Beschluss vom 1. Oktober 2008 hat der Bundesgerichtshof geklärt, unter welchen Umständen die Benutzung des Keltenkreuzes, weltweit als Symbol von der neonazistischen Szene verwendet, nach dem Paragraphen 86a bestraft werden kann.

Diese Entscheidung verändert durchaus die Rechtslage, was den Bereich der »verbotenen« Symbole angeht - falls die Gerichte zukünftig diesem Beschluss folgen. Denn der BGH-Senat betonte, dass der Tatbestand des §86a bereits erfüllt sei, wenn das stilisierte Keltenkreuz allein verwendet wird: »Eines zusätzlichen Hinweises auf die Organisation bedarf es nicht« (Az.: 3 StR 164/08).

Der Paragraph 86a stellt das Verwenden von Kennzeichen verbotener Organisationen unter Strafe. In verschiedenen Urteilen, aber auch in der Literatur, war bisher die Auffassung vertreten worden, das Verwenden des Keltenkreuzes sei ausschließlich dann strafbar, wenn gleichzeitig ein Bezug zur verbotenen Organisation deutlich würde. Dies wäre in diesem Fall die weithin unbekannte, bereits 1982 verbotene VOLKSSOZIALISTISCHE BEWEGUNG DEUTSCHLANDS/PARTEI DER ARBEIT (VSD/PdA), deren letzter Bundesvorsitzender FRIEDHELM BUSSE vor kurzem zu Grabe getragen worden war. Der BGH-Senat wies diese Rechtsauffassung als Einengung des §86a zurück. Dies sei vom Gesetzgeber bei der Neufassung des Gesetzes nicht beabsichtigt gewesen. Alleine die Verwendung für kulturelle, religiöse oder kritische

Absichten falle nicht unter den strafbaren Bereich des Paragraphen 86a. Dies dürfte für die überwiegende Mehrzahl der Fälle, in denen das Keltenkreuz von der rechtsextremen Szene benutzt wird, nicht zutreffen.

Dieser Beschluss könnte weitreichende Folgen auch für andere Symbole haben, die von der rechtsextremen Szene verwendet werden und die von verbotenen Organisationen benutzt worden waren. Dazu zählen unter anderem die Triskele (BLOOD & HONOUR), die Schwarze Sonne (ANSDAPO) und das Zahnrad (FAP).

Ulli Jentsch



Erlaubt? Verboten? Nur eine von vielen Darstellungen.

In dieser Rubrik stellen wir jeweils einen Vortrag, Workshop oder ein Seminar aus unserem Bildungsprogramm vor. Den kompletten ReferentInnen-Katalog gibt es unter www.apabiz.de.

bildung en detail Einschätzungen einer neuen Form des Neonazismus

»Autonome Nationalisten«

Spätestens seit dem neonazistischen Aufmarsch am 1. Mai 2008 in Hamburg waren die so genannten AUTONOMEN NATIONALISTEN (AN) bundesweit in aller Munde. Etwa 400 Neonazis beteiligten sich am »Schwarzen Block« der Neonazis innerhalb des Aufmarsches, von dem gewalttätige Angriffe auf JournalistInnen, Polizeibeamte und GegendemonstrantInnen ausgingen. Das Phänomen sei ihm bisher nur aus den neuen Bundesländern bekannt gewesen, äußerte sich Hamburgs Polizeipräsident damals.

Organisatorische Schwerpunkte der AN, deren Style kaum von dem linker und alternativer Jugendlicher und junger Erwachsener unterscheidbar ist, liegen in den städtischen Ballungszentren in Nordrhein-Westfalen und Berlin.

Aktuell existieren fast überall neonazistische Gruppen und Zusammenschlüsse, die sich als »Autonome Nationalisten« verstehen. Was bewegt die AnhängerInnen dieser extrem rechten Strömung? Wie und warum sind sie entstanden? Was unterscheidet sie von anderen extrem rechten Ausformungen? Wie sind sie organisiert und vernetzt?

Zu diesen Fragestellungen hat das apabiz nun eine neues Veranstaltungsangebot in das Bildungsangebot aufgenommen. Multimedial aufbereitet nimmt der Vortrag Entstehungsgeschichte, Style, Symbolik, Auftreten, Ideologie, Themenschwerpunkte, Strategie, Mobilisierungsfähigkeit und Strukturen der »Autonomen Nationalisten« unter die Lupe. ◀

Sascha Söder (NPD) ruft zum Mord an JüdInnen auf

Hessen • In einem Ende November im Internet veröffentlichten Video hat der hessische NPD-Kader und Aktivist des AKTIONSBÜRO RHEIN-MAIN-NAHE, SASCHA SÖDER, offen zum Mord an JüdInnen aufgerufen: »Können wir nicht einfach alle Juden human erschießen? Das habe ich nicht als NPD-Mitglied gesagt. Rein als Privatperson. Aus meiner tiefen Abneigung gegenüber Menschen.« Im weiteren Verlauf äußerte er zudem, dass »Israel [...] weggebombt« gehöre. Gegen Söder wird bereits strafrechtlich ermittelt, da er auf einem Aufmarsch am 17. Oktober in Wetzlar Selbstjustiz gebilligt und zudem gefordert hatte, Daniel Cohn-Bendit »an die Wand« zu stellen, da dieser angeblich Pädophilie verteidigt habe. ◀

NPD-Finanzaffäre geht weiter

Berlin/Riesa • Die NPD-Parteizentrale in Berlin-Köpenick wurde am 24. November von der Polizei durchsucht, zwei Tage später war der DEUTSCHE STIMME-VERLAG im sächsischen Riesa das Ziel des LKA Nordrhein-Westfalen. Bei den Ermittlungen geht es erneut um dubiose Finanztransaktionen und Parteispenden im Zusammenhang mit dem DEUTSCHE STIMME-VERLAG. Der Partei drohen weitere Rückzahlungen von öffentlichen Zuschüssen.

Dies heizt den internen Machtkampf um die Parteispitze weiter an, Generalsekretär PETER MARX spekulierte Ende November öffentlich über einen Nachfolger des Parteivorsitzenden UDO VOIGT und brachte den sächsischen Fraktionsvorsitzenden HOLGER APFEL ins Spiel. Bereits im November hatte die Parteiführung beschlossen, den nächsten Parteitag auf Frühjahr 2009 vorzuziehen. ◀

Neonazi-Gedenkmarsch und Anschläge

Salem/Schweden • Am 6. Dezember fand der neunte Gedenkmarsch zum Tod von DANIEL WRETSTRÖM mit etwa 700 Neonazis im schwedischen Salem statt. Der Neonazi WRETSTRÖM starb am 9. Dezember 2000 während einer Auseinandersetzung mit migrantischen Jugendlichen. ▼



Ein Blick in die klamme Kasse

Bericht Die finanzielle Lage des Apabiz

Das Jahr geht zu Ende, Weihnachten steht vor der Tür und schon sind sie wieder da: die Bettelbriefe und Spendenaufrufe unzähliger Organisationen und Inis. Keine Angst, wir möchten uns dort nicht einreihen. Aber es ist an der Zeit, einen Blick auf die finanzielle Situation unseres Projekts zu werfen. Sicherlich wenig überraschend: Die mangelnde Ausstattung mit Geld macht es schwierig, die Arbeit aufrecht zu erhalten.

Das apabiz besteht mittlerweile seit über 17 Jahren und unsere Informationen und Materialien wurden in dieser Zeit von ungezählten Menschen und Initiativen genutzt. Viele Kampagnen, Veröffentlichungen, Bildungsprojekte usw. wären ohne die Archivbestände und den Service des apabiz in dieser Form nicht möglich gewesen.

Um es ganz unbescheiden zusammen zu fassen: Wir arbeiten inhaltlich auf hohem Niveau, unser Know-How und unsere Einschätzungen sind gefragt und wir verfügen inzwischen über umfangreiche und bedeutende Archivbestände, die so lückenlos bundesweit kaum zu finden sind.

Im krassen Gegensatz dazu steht unsere finanzielle Situation. Wir schippern seit Jahren mit Volldampf im finanziellen Tiefwasser und es ist nicht nur uns selbst schleierhaft, wie wir das schon so lange Zeit hinbekommen. Ein Aspekt ist sicherlich das hohe persönliche Engagement unserer MitarbeiterInnen und unser Selbstverständnis als aktive AntifaschistInnen. Unser Projekt hat von Anfang an auf das ehrenamtliche Engagement antifaschistischer AktivistInnen gesetzt und tut es noch heute.

Ehrenamt hat Grenzen

Seit einigen Jahren werden wir mit unserem Projekt »Kompetente Netzwerke gegen Rechts« durch das Berliner Landesprogramm mit zwei (projektgebundenen) Stellen gefördert. Der laufende Betrieb des Archivs wird aber ehrenamtlich geleistet. Damit stoßen wir immer öfter an unsere Grenzen. Alle von uns, die ihre Zeit statt im Archiv in schlecht bezahlten Nebenjobs verbringen müssen, fehlen dem Projekt. Von der Vorstellung, unsere MitarbeiterInnen für ihr Engagement zu bezahlen, können wir nur träumen.

Wir bieten unser Know-How und unsere Kompetenz in der Regel kostenlos an. Das war schon immer so, weil vor allem diejenigen unsere Arbeit nutzen, die sich selbst unentgeltlich und aufgrund persönlicher Motivation informieren wollen. Sei es, weil sie antifaschistisch organisiert waren oder weil sie als SchülerInnen und Studierende sowieso nicht in der Lage sind, zu zahlen. Diesem Klientel war es aber auch immer bewusst, wie wichtig Spenden oder der Förderkreis für uns waren und immer noch sind.

Inzwischen nutzen weit mehr Menschen als die ohnehin schon engagierten AntifaschistInnen unsere Arbeit. Wir freuen sehr uns über diese Entwicklung und arbeiten gerne und häufig mit den unterschiedlichsten AkteurInnen zusammen. Leider ist der Kreis der Fördermitglieder nicht in gleichem Maße gestiegen, wie der Kreis der NutzerInnen. Und die Anspruchshaltung, gerade von finanziell gut ausgestatteten Organisationen oder Firmen, die ihre Anfrage sofort und kostenlos beantwortet haben wollen, nervt sehr.

Ohne Unterstützung geht's nicht

Vielleicht ist es so, dass die Darstellung unserer Arbeit in der Öffentlichkeit, die Größe und Ausstattung unserer Räume uns als finanziell gut ausgestattetes Projekt erscheinen lassen. Wir halten uns mit Bettelbriefen und Jammerartikeln ja auch sehr zurück und tun uns schwer damit, immer wieder auf etwas hinzuweisen, was uns als selbstverständlich erscheint: Zu wissen, dass Projekte wie das apabiz nur deshalb kostenlos funktionieren, weil andere dafür bezahlen. Und andere, das sind in unserem Fall SpenderInnen und Fördermitglieder.

Ohne Spenden und unseren Förderkreis hätten wir viele Projekte nicht durchführen können. So haben wir z.B. 2008 den Druck der SchülerInnenzeitung »Kein Bock auf Nazis« ausschließlich über Spenden finanziert, da wir keine öffentliche Förderung für das Projekt bekommen haben. Von Gesamtausgaben in Höhe von etwa 137.000 Euro im Jahr 2008 wurde nicht mal die Hälfte über öffentliche Förderung wieder eingenommen. Den größten Teil unserer Kosten tragen wir selbst.

Wir haben uns vor langer Zeit bewusst dafür entschieden, das Projekt nie von öffentlichen Fördergeldern abhängig zu machen. Es ist zwar beileibe nicht so, dass es die Option einer institutionellen Förderung jemals gegeben hätte, trotzdem ist es für uns eine Frage des eigenen Selbstverständnisses. Unsere Arbeit muss unabhängig sein: von Parteipolitik, von bundespolitischen Vorgaben und auch von dem Wohl und Weh eines Stiftungs- oder Programmbeirats.

Damit dies auch in Zukunft so bleibt, brauchen wir die Unterstützung eines jeden und einer jeden, der unser Projekt und unsere Arbeit zu schätzen weiß.

Kathrin Klever

► Seitdem nutzen verschiedene Neonazigruppen den Todestag zur Märtyrer-Stilisierung und für einen Aufmarsch mit internationaler Beteiligung gegen »Ausländergewalt«. Als Redner trat dieses Jahr u.a. PATRICK MÜLLER aus Deutschland auf. Die GegendemonstrantInnen wurden auf einige Hundert geschätzt. Im Vorfeld des Neonazi-Aufmarsches wurde am 29. November das größte soziale Kulturzentrum Schwedens, das »Cyklopen«, durch einen Brandanschlag vollständig zerstört. Das Zentrum beherbergte ein Archiv zur sozialen Bewegungen in Schweden. Zwei Tage später wurde die Familie zweier anarchistischer GewerkschafterInnen mit Molotow-Cocktails von Neonazis angegriffen. ◀

Schwere Ausschreitungen gegen Roma

Litvínov/Tschechien • In der im tschechischen Erzgebirge gelegenen Kleinstadt Litvínov kam es am 17. November zu schweren Ausschreitungen von Neonazis. Bei einem Aufmarsch der rechtsextremen tschechischen ARBEITERPARTEI (DELNICKÁ STRANA) versuchte ein Mob von 600 Neonaziden von vielen Roma bewohnten Vorort Janoc zu stürmen und lieferte sich Straßenschlachten mit der Polizei. Verschiedene neonazistische Organisationen, wie die NÁRODNÍ



ODPOR (Nationaler Widerstand) und die AUTONOMNÍ NACIONALISTÉ, hatten zu dem Aufmarsch aufgerufen, der auch bei AnwohnerInnen vor Ort auf Unterstützung traf. Nach Berichten sollen sich auch Neonazis aus Deutschland an Ausschreitungen beteiligt haben, im Internet wurde auch auf deutschen Websites mobilisiert. Bereits im Oktober hatte es in der Stadt einen Aufmarsch mit anschließenden Auseinandersetzungen mit der Polizei gegeben, für den nächsten Aufmarsch im Dezember mobilisiert die Arbeiterpartei schon. ◀



Markenzeichen Hakenkreuz

Rezension ➔ Andreas Koop: NSCI. Das visuelle Erscheinungsbild der Nationalsozialisten 1920-1945. Verlag Hermann Schmidt Mainz, 2008. 160 Seiten.

Die Symbole und Embleme des Nationalsozialismus besitzen immer noch die größte Anziehungskraft auf die jungen Rechtsextremen, wie modern sie sich auch geben mögen. Dies ist eine Erfahrung aus unserer Auseinandersetzung mit Nazi-Symbolen, wie wir sie auch in der Broschüre »Versteckspiel« nachzeichnen.

»Kollegialer Blick«

Der Autor des hier besprochenen Bandes, Andreas Koop, ist Kommunikationsdesigner. Er unternimmt den gleichermaßen interessanten wie fragwürdigen Versuch, die Elemente der historischen nationalsozialistischen Ikonografie (1920-1945) mit dem Instrumentarium eines Designers zu analysieren. Interessant, weil der Blick des modernen Designers auf die unbestreitbar wirksame Symbolwelt des NS, sozusagen als »kollegialer Blick«, neue Erkenntnisse fördern kann. Fragwürdig, weil zu befürchten ist, dass die Instrumente heutigen Designs mit den komplexen historischen Bedingungen während Aufstieg und Herrschaft des NS, in denen sich Massenmedien und Massenpolitik explosiv entfalten, nicht im Ansatz mithalten können und Platituden produziert werden. Beides ist der Fall.

Der Autor sieht die Grenzen seiner Abhandlung ehrlich und will sich auf die Sicht der Designforschung konzentrieren. Die Abbildungen seien nicht »illustrierend, sondern bereits Teil der Analyse, also substanzialer Inhalt«. Der Band ist aufwändig ediert und verfügt durchgängig über viele, oft farbige Abbildungen, die eine intensive Untersuchung der NS-Publizistik durch den Autor deutlich machen. Hier besitzt der Band ein großes Plus - in dieser Konzentration hat es solcherart Abbildungen bisher nur selten gedruckt gegeben.

Stärken und Schwächen

Die Untersuchungen beginnen mit einer knappen aber instruktiven Darstellung der völkischen Bewegung, deren prägender Einfluss auf die Symbolwelt des NS deutlich gemacht werden kann. Der Nutzen des anschließenden Kapitels zu Staat und Gesellschaft der Weimarer Republik bleibt dem Rezensenten unklar. Weder gelingt es - wie auch? - auf fünf Seiten die Weimarer Republik zu erläutern, noch, was dies mit dem Erscheinungsbild der Nazis zu tun hatte.

Die Stärke des Werkes liegt in der beschreibenden Darstellung der Elemente des nationalso-

zialistischen »Designs«. In den Kapiteln zur Sprache, den Einzeldarstellungen weniger Symbole (Hakenkreuz, Reichsadler, Reichsflagge), zu Farbgebung und der Typographie beweist der Autor seine Detailkenntnis. Er kann auf Entwicklungen, Brüche und auch auf offene Widersprüche hinweisen, die weit über das hinaus gehen dürften, was den meisten LeserInnen bekannt ist. Weitere interessante Darstellungen folgen über Printmedien und Gruppierungen, schwächere zu Uniformierung, Inszenierung und Neue Medien. Gerade letztere scheinen nur der Form halber hier zu stehen.

Gab es ein NSCI?

Es wird insgesamt recht deutlich, dass es keine NS-»Corporate Identity« nach heutigen Maßstäben gegeben haben kann. Trotzdem erscheint die NS-Ikonografie im historischen Vergleich als sehr dicht und konsistent, ein Eindruck, der sich oft erst im Detail auflöst. Wer auf ministerieller oder Partei-Ebene für solcherart »Politik« zuständig gewesen sein mag, interessiert den Autoren nicht und er bleibt damit seiner eigenen Vorgabe treu. Um so deutlicher wird hier eine schmerzliche Leerstelle für eine Gesamtanalyse.

Systematische Untersuchungen über das Erscheinungsbild des Nationalsozialismus, die sich mit dem tatsächlichen, politisch intendierten Gebrauch von Symbolen befassen, aber auch oft vernachlässigte Elemente der grafischen Gestaltung (Farben, Formen, Bilder, Schrift, Sprache) in den Blick nehmen, sind selten. Dieser Band kann nur eine Lücke davon füllen.

Ulli Jentsch

Das Info-Paket vom apabiz e.v.



Nicht nur für Vereine und Institutionen, sondern für alle, die in den Genuss des gesamten Service des apabiz e.v. kommen möchten, gibt es jetzt unser Info-Paket in den Größen S, M und L:

- je 3/10/20 Exemplare des *monitor* pro Ausgabe
- den ReferentInnen-Katalog inklusive Updates
- zwei Exemplare aller neuen Publikationen des apabiz e.v. (Broschüren, Handreichungen etc.)
- Sonderkonditionen bei Nachbestellungen und Recherche-Anfragen

gibt es für 70 Euro / 100 Euro / 130 Euro im Jahr!

Schießerei im Rotlicht

Göttingen • In der Table-Dance Bar STRIP geriet am 30.11.2008 eine fünfköpfige Gruppe von rechtsextremen Aktivisten aus Göttingen sowie den Landkreisen Northeim, Osterode und Hildesheim mit einem Gesinnungsgenossen in Streit. Auf letzteren wurde mit einer Pumpgun ein Schuss abgefeuert, der aber nur die Wand traf. Die Gruppe wurde des Lokals verwiesen, um kurz darauf später mit Molotov-Cocktails bewaffnet zurückzukehren. Erst jetzt wurde die Polizei alarmiert, alle wurden festgenommen. Die darauffolgenden Razzien in fünf Wohnungen brachten ein erhebliches Arsenal an Waffen zum Vorschein. Gegen drei der Tatverdächtigen wird nun u.a. wegen versuchtem Totschlag, schwerer Brandstiftung und Verstößen gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz ermittelt.

Das STRIP war unter dem alten Namen MOONLIGHT als Treffpunkt der rechtsextremen Szene bekannt. Ein Konzert mit extrem rechten Bands war erst im Sommer verhindert worden. ◀

Freispruch im Fall »Oury Jalloh«

Desau • Am 8. Dezember wurden die beiden vor dem Landgericht Desau im Fall Oury Jalloh angeklagten Polizisten freigesprochen. Der Asylbewerber aus Sierra Leone war im Januar 2005 bei einem Brand in einer Gefängniszelle ums Leben gekommen. Den Beamten war Körperverletzung mit Todesfolge sowie fahrlässige Tötung vorgeworfen worden, was ihnen laut Richterspruch jedoch in den fast 60 Verhandlungstagen über knapp 22 Monate nicht nachzuweisen gewesen sei. Polizisten verhinderten durch Ermittlungsplänen und Absprachen aktiv die Aufklärung des Falles.

Oury Jalloh soll gefesselt eine schwer entflammbare Matratze mit einem Feuerzeug selbst entzündet haben.

Nach der Urteilsverkündung war es noch im Verhandlungssaal zu tumultartigen Protesten gekommen. Auch vor dem Gerichtsgebäude kam es zu Protestaktionen. Das gesamte Verfahren war von einer Solidaritätskampagne begleitet worden, die den institutionellen Rassismus in Deutschland thematisierte. ◀



Abonnieren...

...kann man den *monitor* nicht. Aber wer Fördermitglied des apabiz e.v. wird, der bekommt ihn kostenlos zugeschickt! Spenden und vor allem ein fester Kreis von Fördermitgliedern sind für unsere Arbeit unersetzbar. Sie sichern den Erhalt unseres Projektes unabhängig von öffentlichen Geldern und damit unabhängig von gesellschaftlichen Stimmungen. Die Spenden sind steuerlich absetzbar.

► Fördermitglied werden

Ihr spendet uns einen festen monatlichen Betrag, den wir von Eurem Konto abbuchen. Alternativ ist auch die Einrichtung eines Dauerauftrages möglich. Dafür erhaltet Ihr diesen Rundbrief mit unserer internen Beilage, werdet mit Informationen versorgt und bekommt einen Kaffee, wenn Ihr vorbeikommt.

► Spenden

Ihr überweist einfach einmalig oder per Dauerauftrag auf unser Konto (s. S. 1). Für die Ausstellung einer Spendenbescheinigung müsst Ihr uns allerdings noch Eure Daten zukommen lassen. Auch Sachspenden sind willkommen.

► Fördermitgliedschaft

Hiermit erteile ich dem *apabiz e.V.* eine Einzugsermächtigung über monatlich _____ Euro (mind. 5 Euro).

► Dauerauftrag/Einmalige Spende

Ich habe zur Unterstützung Eurer Arbeit

- einen Dauerauftrag eingerichtet.
 einmalig _____ Euro überwiesen.

Kontonummer: _____

Bank und BLZ: _____

Name/Organisation: _____

Adresse: _____

e-mail: _____

Unterschrift: _____

- Spendenbescheinigung erwünscht (Fördermitglieder und Dauerspenden erhalten diese einmal jährlich)

Neu im Archiv

ffügbar sind. Darüber hinaus werden wir auf bestimmte Sachgebiete hinweisen, zu denen Ihr Sammlungen bei uns finden könnt. Danke an die Verlage.

- *Sprenger, Matthias: »Landsknechte auf dem Weg ins Dritte Reich? Zu Genese und Wandel des Freikorpsmythos«, Verlag Ferdinand Schöningh, 2008.*

Der Autor unterzieht die umfangreiche Freikorps-Erinnerungsliteratur und die wenigen erhaltenen Akten der Freikorps-Verbänden einer kritischen Prüfung. Im Mittelpunkt steht beispielsweise eine differenzierte politische Verortung der verschiedenen Freikorps und ihre unterschiedlichen Bezugspunkte zum Nationalsozialismus. Die Dissertation ergänzt die wenigen wissenschaftlichen Veröffentlichungen zum Themenkomplex wirkungsvoll.

- *Klärner, Andreas: »Zwischen Militanz und Bürgerlichkeit. Selbstverständnis und Praxis der extremen Rechten«, Hamburger Edition, 2008.*

Die verschiedenen Aktions- und Organisationsformen der extremen Rechten veränderten sich zunehmend in den letzten Jahrzehnten. Diese Entwicklungen versucht Andreas Klärner anhand zahlreicher Beschreibungen und Interviews in einer anonymisierten Stadt nachzuzeichnen und in einen gesamtdeutschen Kontext zu stellen. Er verweist darauf, wie vielerorts Rechtsextreme versuchen, über eine »taktische Zivilisierung« (also beispielsweise temporären Gewaltverzicht) an kommunalem Einfluss zu gewinnen.

- *Zechner, Johannes: »Ewiger Wald und ewiges Volk': Die Ideologisierung des deutschen Waldes im Nationalsozialismus«, Lehrstuhl für Landschaftsökologie an der TU München, 2006.*

Während des Nationalsozialismus erfuhr die Darstellung des Waldes eine wachsende Ideologisierung durch verschiedene staatliche Institutionen. Diese werden von Zechner anhand von zeitgenössischen Büchern, Gedichten und Aufsätzen sowie Filmen näher analysiert. Ergänzend dazu werden die personellen und institutionellen Protagonisten einer näheren Betrachtung unterzogen.

- *Koop, Volker: »Himmlers letzte Aufgebot. Die NS-Organisation »Werwolf«, Böhlau Verlag, 2008.*

In der Endphase des Zweiten Weltkrieges wurde (maßgeblich von Heinrich Himmler initiiert) die Strategie des »Werwolfes« entworfen und propagiert. Kleinstgruppen von »Werwölfen« sollten nach der Besetzung durch die Alliierten gegen diese und kollaborierende Deutsche vorgehen.

In dieser Rubrik wollen wir Euch einen kurzen Überblick über Bücher, Broschüren und andere Medien geben, die im Archiv neu eingegangen und ab sofort ver-

fügbar sind. Darüber hinaus werden wir auf bestimmte Sachgebiete hinweisen, zu denen Ihr Sammlungen bei uns finden könnt. Danke an die Verlage.

Trotz einiger Regionalstudien zu der »Werwolfbewegung« und deren Bekämpfung durch die Alliierten, mangelte es bisher an einer Monographie als Gesamtblick. Koop beschreibt in seiner Veröffentlichung nicht nur die vielschichtige Vorgeschichte, sondern auch die vereinzelt und unkoordinierten Aktionen der Werwölfe, die in ihrer Gesamtheit wirkungslos blieben. Es gelingt Koop, den Mythos »Werwolf« aufgrund der Darstellung der historischen Fakten zu entheroisieren. Leider wird daneben die Wichtigkeit des »Werwolf«-Mythos' im Nachkriegs-Rechtsexremismus überschätzt.

- *Recherchegruppe: »Investigate Thor Steinar. Die kritische Auseinandersetzung mit einer umstrittenen Marke«, 2008.*

Bereits in zweiter Auflage erschien kürzlich eine Broschüre über die in der rechten Szene beliebte Modemarke Thor Steinar der Firma Mediatex. Der Schwerpunkt liegt bei einer ausführlichen Analyse der verschiedenen Kleidungs-Kollektionen anhand ihrer offenen und weniger offenen politischen Aussagen. Dabei unterteilen die AutorInnen beispielsweise in Bezüge zum NS/Weltkrieg, nordische Mythologie oder Kolonialgeschichte. Ergänzt wird die inhaltliche Auseinandersetzung mit der Darstellung des Justizstreits über die Marke und deren Macher.

- *Leist, Wolfgang: »Versammlungsrecht und Rechtsextremismus. Die rechtlichen Möglichkeiten, rechtsextremistische Demonstrationen zu verbieten oder zu beschränken«, Verlag Dr. Kovac, 2003.*

Diese Jura-Dissertation setzt sich - wohlgermerkt mit dem Stand von 2003 - aus juristischer Perspektive mit der rechtsextremen Demonstrationenpolitik auseinander. Mögliche Verbotgründe, der Umfang einschränkender polizeilicher Auflagen werden im Wechselspiel mit Betrachtungen zur Versammlungsfreiheit analysiert.

- *Kompisch, Kathrin: »Täterinnen. Frauen im Nationalsozialismus«, Böhlau Verlag, 2008.*

Die Verstrickung von Frauen in nationalsozialistische Verbrechen wurde in der bisherigen Forschung zum NS weitgehend vernachlässigt. Von dieser These ausgehend, stellt Kompisch in ihrem knapp 300-seitigen Buch die Rolle von Frauen als beispielsweise KZ-Aufseherinnen, »Stützen von Massenmördern«, als Ehefrauen von SSlern oder direkt im Kriegsdienst dar.